

## **Ein Mindestlohn von 3000 Franken für alle?**

von Oliver Landmann \*

”Kein Lohn unter 3000 Franken netto” - unter dieses einprägsame Motto hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund bekanntlich die Kampagne gestellt, mit der er die Arbeitgeber unter Druck setzt, die Löhne am unteren Ende der Lohnpyramide zu erhöhen. Erste Erfolge haben sich eingestellt, und zwar nicht zuletzt bei der Eroberung der öffentlichen und veröffentlichten Meinung. Auch konkrete Wirkungen beginnen sich zu zeigen. So sah sich die Migros vor kurzem gezwungen, mit beträchtlichem PR-Getöse ihre Mindestlöhne auf 3000 Franken anzuheben, nachdem zuvor einige unvorteilhafte Medienberichte an dem sorgsam gepflegten genossenschaftlich-sozialen Image gekratzt hatten. Auch der Triumph der Besitzstandwahrung in der Basler ZEBA ist letztlich als Erfolg der gewerkschaftlichen Mindestlohn-Kampagne zu verbuchen.

Was ist falsch daran, das Los von Menschen verbessern zu wollen, die es trotz Erwerbstätigkeit kaum auf einen grünen Zweig bringen und auf die Fürsorge angewiesen bleiben? Nichts. Und sind Mindestlöhne nicht das geeignete Mittel, um diesen ”working poor” zu helfen? Nein.

Mindestlöhne gibt es in vielen Ländern in unterschiedlichster Form und Höhe. Ihre Wirkungen gehören zu den bestuntersuchten Fragen der Arbeitsmarkt- und Sozialforschung überhaupt. Eine OECD-Studie<sup>1</sup> hat diese Forschung ausgewertet und einige klare Ergebnisse festgehalten. Ein erster Befund lautet, dass Mindestlöhne keine zielgenaue Bekämpfung der Armut erlauben. Eher wäre das Prädikat ”Holzhammer-Methode” angebracht. Denn es gibt auch Mindestlohnempfänger, die nicht bedürftig, sondern z.B. Zusatzverdiener in Haushalten sind, deren Unterhalt zur Hauptsache von einem anderen Familienmitglied bestritten wird. Umgekehrt schießt ein Mindestlohn an jener überwiegenden Zahl von Fürsorgefällen vorbei, die überhaupt kein Erwerbseinkommen erzielen.

Ein zweiter Befund betrifft die Beschäftigungseffekte. Dass Mindestlöhne auf breiter Front Arbeitsplätze vernichten, wie manchmal behauptet wird, ist zwar nicht nachweisbar. Sehr wohl nachweisbar ist dagegen, dass Mindestlöhne ausgerechnet denjenigen Gruppen am unteren Ende des Arbeitsmarktes, denen sie doch eigentlich am meisten helfen sollen, den Zugang zu einer Beschäftigung erheblich erschweren. Denn auch Mindestlöhne können den elementaren Zusammenhang zwischen Lohn und Produktivität nicht einfach aus der Welt schaffen. Wer meint, es sei damit getan, das Problem der ”working poor” auf die mangelnde soziale Verantwortung eiskalter Shareholder-Value-Maximierer schieben zu können, macht es sich zu einfach. Die meisten Arbeitgeber wissen ganz genau, dass sie hohe Motivation und

---

\* *Oliver Landmann ist ordentlicher Professor für theoretische Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg i.Br.*

<sup>1</sup> Employment Outlook 1998, Paris.

Leistung nur von Mitarbeitern erwarten können, die sie gut behandeln. Sie zahlen daher im Zweifel eher etwas mehr, als was zur Besetzung einer Stelle unbedingt erforderlich wäre. Wo systematisch tiefe Löhne verdient werden, sind sie Ausdruck tiefer Produktivität und mangelnder beruflicher Qualifikation. Arbeitsplätze, die mehr kosten als sie bringen, entstehen nicht oder überleben nicht.

Welche Folgen produktivitäts- und marktwidrige Löhne haben können, lässt sich vielerorts beobachten: Frankreichs gesetzlicher Mindestlohn lässt vor allem für jugendliche Arbeitsmarkteinsteiger zu wenig Spielraum nach unten und trägt dadurch zu einer der höchsten Jugendarbeitslosenquoten Europas bei. Deutschland kennt keinen gesetzlichen Mindestlohn, hat aber mit einer zu raschen Angleichung der Löhne im produktivitätsschwachen Osten an das Westniveau die wirtschaftliche Entwicklung der Neuen Bundesländer um Jahre zurückgeworfen. Besonders hart sind auch in Westdeutschland die Ungelernten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim<sup>2</sup> bezifferte unlängst die nominalen Lohnsenkungen, welche die Angehörigen dieser Qualifikationsgruppe allein für eine Halbierung ihrer Arbeitslosenquote hinnehmen müssten, im ungünstigsten Fall auf über 30%.

Somit wird deutlich: Ein Mindestlohn ist attraktiv für Niedriglohnempfänger, die zu diesem Mindestlohn tatsächlich beschäftigt werden können. Attraktiv ist er auch für die Angehörigen der an den Mindestlohn angrenzenden, nächsthöheren Lohngruppen, in denen die Gewerkschaften am stärksten verankert sind. Denn wenn es "fair" ist, einen Lohn von ursprünglich Fr. 2400 auf Fr. 3000 anzuheben, was ist dann in derselben Firma "fair" für einen Lohn von ursprünglich Fr. 3050? Es fällt also nicht schwer zu verstehen, warum die gewerkschaftliche Mindestlohn-Kampagne populär ist. Dennoch kann eine Strategie, die einem namhaften Teil der "working poor" nicht den Gang zur Fürsorge erspart, sondern den Zugang zu einem Arbeitsplatz versperrt, nur als sozialpolitische Sackgasse bezeichnet werden.

Aber was ist die Alternative? Wie eine moderne Sozialpolitik aussieht, welche die Beschäftigungschancen und die Einkommenssituation der Problemgruppen am Arbeitsmarkt gleichzeitig verbessern kann, ist relativ klar. Erste Priorität, wenn auch nur längerfristig wirksam, ist eine effektive Förderung der beruflichen Höherqualifikation für diese Gruppen. Kürzerfristig wirksam sind Massnahmen, die den Übergang von der Arbeitslosigkeit in die Beschäftigung beschleunigen - hier ist die Schweiz mit ihrer aktiven Arbeitsmarktpolitik schon recht erfolgreich - und die Erwerbstätigkeit in den untersten Lohngruppen durch gezielte Beihilfen und Entlastungen, etwa bei Lohnprozenten und Einkommenssteuern (warum nicht auch bei den Prämien der obligatorischen Krankenversicherung?) einträglicher machen. Solche Modelle, die bei der Bekämpfung der Armut mehr erreichen als Mindestlöhne, weil sie nicht gegen den Markt, sondern mit dem Markt arbeiten, werden in der Praxis schon mit Erfolg erprobt<sup>3</sup> - man müsste sie nur auf die Verhältnisse in der Schweiz anpassen. Warum schaltet sich eigentlich die Schweizer Wirtschaft nicht offensiver in diese Debatte ein? Für den neuen Think Tank, den sie sich gerade zugelegt hat, wäre dieses Thema wie geschaffen.

<sup>2</sup> B. Fitzenberger/W. Franz: "Jobs. Jobs? Jobs! Orientierungshilfen für den Weg zu mehr Beschäftigung", ZEW Discussion Paper No. 00-49, Mannheim 2000 (im Netz abrufbar unter [www.zew.de](http://www.zew.de)).

<sup>3</sup> Mehr dazu in OECD Economic Studies, No. 31, 2000/II, Paris.